

die Stadt evaluierten Firma zu, entstehen wiederkehrende Kosten von rund 19 300 Franken pro Jahr.

Dann ersucht der Stadtrat um zwei Fristerstreckungen. Die Frist für die Beantwortung des von Markus Vetterli im April 2018 eingereichten Postulats betreffend Immobilienstrategie soll bis zum Dezember 2019 verlängert werden. Als Begründung

Planungsbedarf nicht vorhanden seien. Zur Erfüllung des Postulats sei ein Planungskredit nötig, welcher sich tiefgreifend mit dem Planungskonzept auseinandersetzt.

Bedingt durch den Rücktritt von Karina Bänninger aus der GPK kommt es zur Ersatzwahl. Vorgeschlagen als neues Mitglied ist Tamara Pompeo.

LESERBRIEFE

Behörde zu sprechen, ist zynisch. Zusätzlich bleibt anzumerken, dass sich bis dato amtierende Gemeinderatsmitglieder nicht öffentlich mit selbstgefälligen Wahlempfehlungen profilierten.

Dass aber das korrekte Wahlresultat eine Folge des Ressorts sein soll, zeugt erneut von absoluter Realitätsfremde. Das Bauwesen ist gesetzlich seit ewigen Zeiten in der Kompetenz der Gemeinde. Als ehemaliger Gemeinderat und Bauverantwortlicher habe ich, trotz schwieriger täglicher Entscheide inklusive Führung der gesamten Ortsplanrevision, immer hervorragende Wiederwahlergebnisse erreicht! Durch die Aussagen der letzten Zeitungartikel wird der Ruf dieses Ressorts stark beschädigt. Die Besetzung des Ressorts Bau durch eine Person mit hoher sachlicher und sozialer Kompetenz ermöglicht es, dass die bauliche Verantwortung auch in Zukunft in der Kompetenz der Gemeindebehörden angesiedelt bleibt. Dazu braucht es aber anständige und sachlich unabhängige Persönlichkeiten und keine Selbstverwirklicher. In diesem Sinne erhoffen wir, dass am 17. März 2019 in Salenstein die «political correctness» mit charismatischen Persönlichkeiten in den Gemeinderat zurückkehrt.

Georg Müller, ehemaliger Gemeinderat, Salenstein

Gemeinderatswahlen in Salenstein

Sich für die Dorfkultur einsetzen

Die am 12. und 15. Februar 2019 erschienenen Artikel von Markus Irsslinger zur Wahl in Salenstein mit der bedauerlichen Selbstdarstellung machen mir Mühe. Wenn sich die Stimmbürger in einer Wahl mit ja oder nein zu einer Person äussern, so ist dies ein klares Zeichen von Zufriedenheit oder nicht und dies hat überhaupt nichts mit vergangenen Wirren zu tun.

Ich führte als Gemeinderat das Bauressort in Salenstein während zwölf Jahren von 2003 bis 2015. Der Aussage, dass man bei einer Wahl deswegen abgestraft wird, kann ich nicht folgen. Ein Amt, egal welches, verlangt die Einhaltung und Umsetzung der Gesetze und dass man alle Leute gleich behandelt. Dies mag eine Herausforderung sein, die vom Volk so verlangt und auch verstanden wird. Ein öffentliches Amt verlangt einiges vom Inhaber, doch es ist auch ein grosses Stück Lebensschule, das man sonst nirgends so erlernen kann. Der Ressortchef Bau hat auch eine Baukommission im Hintergrund, die, wenn man sie nicht ignoriert, viel Wissen in sich trägt und auch bei einer Amtsneubesetzung erhalten bleibt. Eine allwissende Selbstverherrlichung ist hier klar fehl am Platz. Unsere Gemeinde hat ein Gemeinde-

haus und ein Sitzungszimmer, in dem sich der Rat oder eine Kommission mit den Belangen, die es zu behandeln gibt, auseinandersetzt und dort soll auch im Rat gemeinsam entschieden werden. Ich rufe alle interessierten Personen dazu auf, sich für ein lehrreiches, öffentliches Amt zur Verfügung zu stellen und sich nicht durch solche negativen Aussagen beeinflussen zu lassen. Die Herausforderungen sind zu meistern und wenn Sie unbefangen nach bestem Wissen und Gewissen ein Amt führen, wird es dadurch auch keine persönliche Abrechnungssituation, wie es jetzt behauptet wird, geben. Trauen Sie sich dies zu, denn auch das ist ein Stück Gemeinde – Dorfkultur, das es nur weiter so gibt, wenn wir uns dafür einsetzen.

Herbert Rispy, ehemaliger Gemeinderat von Salenstein

Mangelndes Generationenverständnis

Stellungnahme zu einem Antrag aus dem Grossen Rat Thurgau zur Beschäftigung Pensionierter

21 Senioren arbeiten beim Kanton – und was tun die anderen? Wie auch immer: die Ansicht des Interpellanten Stefan Leuthold, GLP-Kantonsrat, dass «die jüngeren Angestellten an der Reihe sind, wenn die älteren das Pensionsalter erreichen», zeugt von einem Generationenverständnis beziehungsweise -unverständnis, das nicht in die heutige Zeit passt.

So fordert bereits das «Alterskonzept Kanton Thurgau» aus dem Jahr 2011: «Der Übergang vom Berufsleben ins Pensionsalter sollte individuell und flexibel gestaltet und Erwerbsarbeit auch im Pensionsalter vermehrt ermöglicht werden». Wir wollen doch hoffen, dass der Kanton es nicht bei den schönen Worten bewenden lässt, sondern mit gutem Beispiel vorangeht!

Schliesslich ist es völlig unverständlich, die Generationen gegeneinander auszuspielen. Gerade angesichts des sich immer deutlicher abzeichnenden Fachkräftemangels kann man von einer win-win Situation sprechen, wenn ältere und jüngere Mitarbeitende gemeinsam die Aufgaben der kantonalen Verwaltung erfüllen. Flexible Arbeitsmodelle garantieren zudem, dass niemand jemandem etwas wegnimmt, sondern dass individuelle Lösungen gefunden werden können, welche den Kanton als attraktiven Arbeitgeber (für Jung und Alt!) erscheinen lässt.

Die terzStiftung setzt sich seit zehn Jahren für ein selbstbestimmtes, aktives Leben im Alter ein. Sie steht dafür, Kompetenzen Älterer auch nach der Pensionierung gesellschaftlich anzuerkennen und einzubeziehen.

Georg Weidmann, terzStiftung, Berlingen

Bote vom Unteressee 19.2.2019